

NACHRICHTEN

Obligatorische Krankenpflegeversicherung – Prämien 2004

VADUZ – Die in Liechtenstein tätigen Krankenkassen haben dem Amt für Volkswirtschaft ihre Prämien für das Jahr 2004 zur Kenntnis gebracht. Diese wurden vom Amt geprüft und einer Plausibilitätsberechnung unterworfen. Die durchschnittliche Prämiensteigerung für das Jahr 2004 beträgt 11 Prozent. Im Vorjahr wurde mit 6 Prozent ein niedrigerer Prämienanstieg verzeichnet. Dieser ist insbesondere auf den anhaltenden Kostenanstieg im Arzt- und Medikamentenbereich aber auch im stationären Bereich zurückzuführen und steht in keinem Zusammenhang mit dem auf den 1. Januar 2004 in Kraft tretenden Krankenversicherungsgesetz. Bisher im System der freien Arztwahl versicherte Personen hatten im Vergleich zu jenen im Hausarztssystem Versicherten um 10 Prozent höhere Prämien zu tragen. Die Prämienermässigung war nur durch entsprechende Staatsbeiträge möglich. Diese Beiträge werden auch im kommenden Jahr ausgerichtet und zwar an alle Versicherten.

Für den grössten Teil der Versicherten wird die Prämienhöhung zwischen 12,3 und 16,2 Prozent liegen, dabei ist zu erwähnen, dass für die heute in der freien Arztwahl Versicherten die Erhöhung um ca. 10 Prozent geringer ausfallen wird, da sie bis anhin höhere Prämien zu tragen hatten.

Der Kostenanstieg im Jahre 2003 ging ungebremst sogar noch verstärkt weiter, verursacht insbesondere im Arzt- und Medikamentenbereich sowie im stationären Bereich. Das bestehende System bot keine Möglichkeiten, um dieser Entwicklung entgegen zu treten.

Würden die Staatsbeiträge für bisher im Hausarztssystem versicherte Personen im Jahre 2004 nicht weiter ausgerichtet werden, so hätten alle Versicherten einen noch weit massiveren Prämienanstieg zu tragen. Mit dieser Massnahme kann dies verhindert werden. Die Prämienhöhungen auf das Jahr 2004 unterstreichen den Handlungsbedarf im Gesundheitswesen und bestätigen die eingeleiteten Reformen, welche am 1. Januar 2004 in Kraft treten werden. (paf)

Landespolizei beschlagnahmt 705 kg Hanf

VADUZ – Bei zwei Aktionen konnten in Ruggell und Vaduz insgesamt 705 kg Hanf beschlagnahmt werden. Die letzte Beschlagnahme erfolgte am Donnerstag, den 4. Dezember. Im Frühjahr wurde die Landespolizei auf diverse Hanfplantagen in Liechtenstein aufmerksam. Erste Analysen ergaben, dass es sich bei dem Hanf um gute Betäubungsmittelqualität handelt. Im Auftrag des Fürstlichen Landgerichts wurden daher am 4. Dezember die letzten getrockneten Hanfstauden beschlagnahmt. Die Ermittlungen der Landespolizei erhärteten den Verdacht, dass das Hanf für Betäubungsmittelzwecke verwendet werden sollte. (pfl)

125 JAHRE
VOLKSBLATT

Ereignisse der letzten 125 Jahre

NOBEL BACHAB GESCHICKT

RUGGELL, 8. Juli 1925 – In Nr. 51 des «L.V.» war in einem Eingesandt von Ruggell zu lesen, dass zwei Herren von dort die hohe Ehre gehabt haben, einer «geheimen» Versammlung der Bürgerpartei in Schellenberg beizuwohnen. Da das ganze Eingesandt den Einsender verrät, darf die Öffentlichkeit auch wissen, dass die genannten Herren in keiner Weise dem Einsender zurückgestellt sind und in der Gemeinde als sehr ruhige, angesehene Bürger gelten. Es hat hier den Anschein, dass dem Herrn Einsender der Wahlausgang des Vermittlerwahlvorschlages auf die Nerven gegangen ist, da man seinen Vorschlag nobel bachab geschickt hat.

Morgen: Befruchtende
Regengüsse

Kampf gegen Minenfelder

1,6 Millionen für Projekt «Liechtensteinisches Minenräumgerät» vorgesehen

VADUZ – Die Regierung schlägt dem Landtag einen Verpflichtungskredit in der Höhe von 1,6 Millionen Franken zur Genehmigung vor, mittels welchem das Projekt «Liechtensteinisches Minenräumgerät» finanziert werden soll. Aussenminister Ernst Walch führte dazu aus, dass unser Land seinen internationalen Verpflichtungen nachkommen möchte. Gleichzeitig könne Image-Bildung betrieben werden.

• Peter Kindli

«Liechtenstein ist aufgefordert, seine internationalen Vertragsverpflichtungen zu erfüllen», betonte Aussenminister Ernst Walch, als er am gestrigen Mediengespräch das Projekt «Liechtensteinisches Minenräumgerät» präsentierte. Das Projekt sei sehr speziell, so Ernst Walch, es handle sich dabei nicht um das reine «Business as usual».

Internationale Verpflichtung

Im Mittelpunkt der Überlegungen, dass Liechtenstein seine Vertragsverpflichtungen wahrnehmen müsste, steht das internationale «Ottawa-Übereinkommen»: weit mehr als 100 Staaten – darunter auch Liechtenstein – haben sich verpflichtet, aktive Beihilfe zur Verhinderung und Vernichtung von Landminen zu leisten. Bis anhin kam Liechtenstein diesen Verpflichtungen durch Geldleistungen an die Vereinigung für Minenräumung in Genf nach. «Jetzt möchte Liechtenstein eine neue Art dieser Vertragserfüllung wahrnehmen», betonte Ernst Walch. Gleichzeitig könne Liechtenstein durch das Minenräumgerät auch internationale humanitäre Hilfe leisten. «Der halbe Balkan, Kambodscha, Afrika, Laos und auch Vietnam leiden unter den tragischen Auswirkungen von Personenninen im zivilen Be-



Aussenminister Ernst Walch zum liechtensteinischen Minenräumgerät: «Liechtenstein soll seiner internationalen Verantwortung und Verpflichtung nachkommen.»

reich». Mit dem Projekt «Minenräumgerät» könne Liechtenstein unmittelbaren Konnex zu unserem Land schaffen, Minenfelder zu 100 Prozent räumen und gleichzeitig Imagebildung und -förderung betreiben.

Helmische Wirtschaft an Bord

Ernst Walch betonte, dass vor geraumer Zeit der ihm bis zu diesem Zeitpunkt unbekannt Ingenieur, Peter Schoeck, mit der Idee an das Ressort Äusseres herangetreten sei, im Bereich der Minenräumung aktiv zu werden. «Zur Einhaltung des Ottawa-Übereinkommens und im Sinne einer nachhaltigen humanitären Hilfe war es wichtig, dieses Projekt richtig aufzugleisen, richtig zu werten und richtig zu finanzieren», so Ernst Walch. So sei es selbstverständlich, dass bestehendes Know-how aus Liechtenstein (der Schreitbagger von Kaiser) in das Projekt

miteinbezogen werde. Des Weiteren wird neben dem Unternehmen von Peter Schoeck das wissenschaftliche Institut Brodarski aus Kroatien an der Entwicklung des Minenräumers beteiligt sein.

Unabhängiges Management

Ein unabhängiger deutscher Projektmanager werde die Entwicklung des liechtensteinischen Minenräumgerätes kritisch verfolgen und begutachten, stellte Ernst Walch am Mediengespräch weiter fest. Dies sei vor allem auch wichtig, um die Erfolge in verschiedenen Teiletappen zu beurteilen. «Das Geld für die Entwicklung entspricht einem zinslosen Darlehen, das wieder ans Land Liechtenstein zurückfliessen wird», erklärte der Aussenminister. Der unabhängige Projektmanager könne – bei einer Entwicklungsunsicherheit – sofort intervenieren: so sei auch ein sofortiger Abbruch der

staatlichen Geldleistungen bei Nicht-Realisierbarkeit des Minenräumgerätes möglich. Die effektiven Kosten betragen laut Ernst Walch lediglich die Höhe der «Zinsverluste», zumal für jeden verkauften Bagger 60 000 Franken an die Staatskasse zurückfliessen werden.

Die Vermarktung des neuen Minenbaggers sei im Bericht und Antrag sehr konservativ betrachtet worden. «Jetzt gibt es weltweit nur an die 5000 ausgebildete Minensucher, welche die kontaminierten Geländeabschnitte von Hand untersuchen und Minen entschärfen», so Aussenminister Ernst Walch. Mit dem Minenräumgerät «made in Liechtenstein» gehe die Entschärfung viel effizienter und vor allem für die Menschen sicherer vor sich.

Ernst Walch räumte zudem ein, dass es zielführend sei, für Projekte und Finanzierungsmodelle dieser Art offen zu sein.

Auch Mauren unterstützt Malbun-Projekt

Gemeinderat verknüpft Finanzbeschluss mit verschiedenen Auflagen

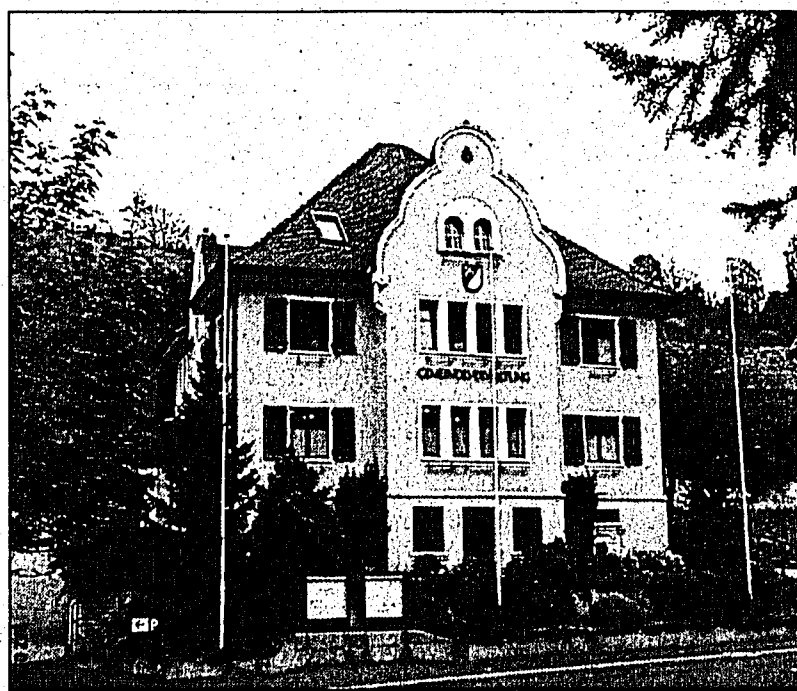
MAUREN – Als letzte der elf liechtensteinischen Gemeinden hat jetzt auch Mauren das geplante Bergbahnen-Projekt zur Erhaltung des Naherholungsgebietes in Malbun grundsätzlich befürwortet. Der anteilmässige Kostenbeitrag wurde gestern vom Gemeinderat einhellig genehmigt. Der Finanzbeschluss ist jedoch mit verschiedenen Auflagen verknüpft.

• Peter Kindli

Bereits anfangs November hatte sich der Gemeinderat von Mauren eingehend mit dem Projekt zur Erneuerung der Infrastrukturanlagen in Malbun und dem damit verbundenen Gesuch der Bergbahnen Malbun AG befasst. Weil in der Diskussion aber noch einige offene Fragen auftauchten, wurde eine Beschlussfassung auf die Sitzung vom 10. Dezember verschoben, zu der auch Projektvertreter eingeladen waren.

Einhellige Zustimmung

Gestern standen der Präsident der Bergbahnen Malbun AG, Louis Gassner, und Architekt Florin Frick als Bearbeiter des Malbuner Ortsplanungskonzepts dem Gemeinderat Rede und Antwort, wie Gemein-



Die Gemeinde Mauren entschied gestern über das Malbun-Konzept.

devorsteher Freddy Kaiser im Anschluss an die Sitzung auf Anfrage des Volksblatts mitteilte. In der Abstimmung sprach sich schliesslich auch der Gemeinderat von Mauren einhellig für das vorgesehene Bergbahnen-Projekt aus und erklärte sich gleichzeitig bereit, den beantragten Investitionskostenbeitrag in Höhe von 545 562 Franken gemäss vorliegendem Aufteilungsschlüssel zu erbringen. Nach dem Willen des

Gemeinderates wird die finanzielle Beteiligung durch den Kauf von Aktien erfolgen. Alternativ stand auch ein Subventionsbeitrag (à fonds perdu) zur Diskussion.

Grundvoraussetzung für eine Beitragsleistung der Gemeinde Mauren sei jedoch, so der Vorsteher am Mittwochabend gegenüber dem Volksblatt, dass das Kapital für die Finanzierung des Bergbahnen-Projekts im Betrag von 26 Mio. Fran-

ken zu 100 Prozent gemäss vorliegendem Aufteilungsvorschlag gesichert sein müsse: Der Finanzbeschluss des Gemeinderates, der erst nach ungenutzter Referendumsfrist in Kraft tritt, ist nach den Worten von Freddy Kaiser zudem «mit einigen klaren Auflagen verbunden, wie sie in gleicher oder ähnlicher Weise auch von den meisten anderen Gemeinden gemacht wurden.»

Von regionaler Bedeutung

Mit Mauren haben nun alle elf Gemeinden das Malbun-Projekt und die damit verbundene finanzielle Beteiligung in Gesamthöhe von 6,5 Mio. Franken grundsätzlich befürwortet. Vor kurzem hat auch die Regierung einen diesbezüglichen Finanzbeschluss von 13 Mio. Franken zuhanden des Landtags verabschiedet. Sagt der Landtag in der kommenden Woche Ja zum Verpflichtungskredit, liegt es noch an der Bergbahnen Malbun AG selbst, die restlichen 6,5 Mio. Franken durch Privatinvestoren aufzubringen.

Im Finanzbeschluss der Regierung wird vorgeschlagen, dass der Region Malbun-Steg als Ferien- bzw. Naherholungsgebiet regionale Bedeutung zukommt. Damit wird die Entwicklung dieses Gebietes zu landesweitem Interesse erklärt.